



freie demokratische korrespondenz

Pressedienst der  
Freien Demokratischen Partei  
Reinhardtstr. 14  
10117 Berlin

Tel: (0 30) 28 49 58 - 41 / - 43  
Fax: (0 30) 28 49 58 - 42  
e-mail: presse@fdp.de  
Internet: www.fdp.de

Verantwortlich:  
Wulf Oehme  
Sprecher der FDP  
Tel: (030) 28 49 58 41

Ausgabe 276  
02.10.2010

### **LINDNER-Interview für die „Berliner Zeitung“**

Berlin. FDP-Generalsekretär CHRISTIAN LINDNER gab der „Berliner Zeitung“ (Sonnabend-Ausgabe) das folgende Interview. Die Fragen stellten STEFFEN HEBESTREIT und HOLGER SCHMALE:

Frage: Herr Lindner, plötzlich regiert Schwarz-Gelb – und doch bleiben die Umfragewerte der FDP und Ihres Vorsitzenden im Keller?

LINDNER: Das wird besser. Wir haben wichtige Koalitionsvorhaben auf den Weg gebracht. Ich habe mich über den starken Auftritt der Bundeskanzlerin im Bundestag gefreut. Und die Debatten mit der Opposition helfen, weil sie die Unterschiede verdeutlichen.

Frage: Der FDP scheint all das wenig zu nutzen?

LINDNER: Die enttäuschten liberalen Wähler werden noch eine Zeit beobachten, ob wir ihre Botschaft verstanden haben. Das wollen wir zeigen, indem wir die Fragen anpacken, die seit Jahren drängen: wirtschafts- und klimaverträgliche Energie, ein vorsorgender statt umverteilender Sozialstaat, ein stabiles Gesundheitssystem, Freiwilligenarmee, weniger Staatsschulden. Das machen wir mit Umsicht, Demut und dem Mut auch zu Schritten, die nicht sofort Applaus finden, die aber notwendig sind.

Frage: Die FDP will also weniger schrill agieren?

LINDNER: Es geht im besten Wortsinne um eine bürgerliche Politik, die handwerklich gut ist, von einer geschlossenen Koalition vertreten wird – und sich von einer Großen Koalition oder Rot-Rot-Grün klar unterscheidet.

Frage: Wo zeigt sich die liberale Handschrift?

LINDNER: Beispielsweise gab es im Frühjahr eine gewisse Sozialstaatsdebatte, der wir nun Taten folgen lassen. Für die anderen ist soziale Politik, wenn der Staat mehr Geld ausgibt. Für uns ist sozial, wenn Menschen faire Chance bekommen. Die setzen eigene Anstrengung voraus. Deshalb arbeiten wir daran, dass ALG-II-Bezieher mehr

Geld hinzuverdienen dürfen, damit sie selbst ihre Lebenssituation verbessern können. Das bringt viele auch näher an den Arbeitsmarkt. Und die Bildung von Kindern aus armen Familien fördern wir viel stärker als Rot-Grün.

Frage: Mit Umsicht und Demut wollen sie Vertrauen zurückgewinnen, das klingt nach einem längerfristigen Projekt. Haben Sie die Landtagswahlen im Frühjahr schon abgeschrieben?

LINDNER: Im Gegenteil. Aber wir werden nur durch Taten überzeugen können. Deshalb empfehle ich der Koalition, den Zeitplan von der Sache und nicht von Wahlterminen abhängig zu machen. Taktiererei schadet – siehe Nordrhein-Westfalen.

Frage: Die Landtagswahlen werden also in Mainz und Stuttgart verloren?

LINDNER: Nein, ich glaube nicht, dass die Wähler stark zwischen Bundes- und Landesparteien unterscheiden. Wir müssen auf allen Ebenen überzeugen. Ich habe Themen genannt. Als Partei mit Finanzkompetenz sind für uns natürlich auch die Steuervereinfachungen bedeutsam, die wir planen.

Frage: Was für Steuervereinfachungen?

LINDNER: Wir haben einen ganzen Katalog, der noch deutlich vor den Landtagswahlen mindestens vom Bundeskabinett als Gesetzentwurf beschlossen werden sollte. Die FDP will beispielsweise stärker mit Pauschalen arbeiten, weil das die Sammlung und Prüfung von Belegen reduziert. Als Service sollen die Finanzämter den Bürgern Steuerformulare vorlegen, die mit den bereits bekannten Daten vorab ausgefüllt sind. Die Abzugsfähigkeit der Kosten für Kinderbetreuung ist viel zu bürokratisch. Und was spricht dagegen, Steuererklärungen gleich für zwei Jahre auf einmal abzugeben?

Frage: Hier in Ihrem Büro hängt ein Porträt Dahrendorfs. Ist er Ihre Leitfigur?

LINDNER: Wenn Sie genau hinschauen, habe ich hier zwei Bilder hängen: Ralf Dahrendorf und Friedrich-August von Hayek. Dahrendorf versteht die Freiheit des Einzelnen als Lebenschance. Er befürwortet deshalb einen aktiven Staat, der etwa für Bildungsangebote sorgt. Hayek auf der anderen Seite warnt vor zu starkem Staatseinfluss und einer Art sozialem Ingenieurwesen. An den beiden Polen orientiere ich mich. Ich glaube, wenn nur eine Richtung dominiert, wird der Liberalismus einseitig.

Frage: So wie in der jüngeren Vergangenheit?

LINDNER: Die FDP war nie einseitig, sondern immer Partei der Ordnungspolitik. Wir wollen nach wie vor eine neue Balance von Staat und Privat. Ein starker Staat wird als Ordnungsmacht oberhalb der Wirtschaft gebraucht, nicht als dominanter Mitspieler. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, der Bildungschancen eröffnet, sich aber nicht zum Vormund aufspielt. Dafür stehen wir Liberale.

Frage: SPD-Chef Gabriel sieht die Grünen als einzige liberale Partei in Deutschland. Ärgert Sie das?

LINDNER: Gabriel hat einen getrüben Blick. Wir respektieren Privatsphäre und Privateigentum, die Grünen greifen da ohne Zögern an. Wir akzeptieren Ungleichheit, wenn sie sich aus fairem Wettbewerb ergibt. Die Grünen setzen auf Gleichheit. Wir sehen in neuen Technologien und Infrastruktur zuerst Chancen, die Grünen sehen vor allem Risiken. Liberale wollen einen Staat, der Regeln für das Leben in Freiheit setzt. Im grünen Denken darf der Staat darüber hinaus Vormund, Lenker und Zensor sein – selbstredend nur mit den besten Absichten.

Frage: Wie erklären Sie sich den Höhenflug der Grünen?

LINDNER: Meisterhafte Illusionskunst. Sie plädieren für Offshore-Windenergie, engagieren sich zugleich aber gegen den Bau neuer Stromtrassen, um diese Energie nach Süddeutschland zu transportieren. Diese Widersprüche fallen in der Opposition nicht auf.

Frage: Klingt ein bisschen nach der FDP vergangener Jahre.

LINDNER: Sehe ich anders. Natürlich profitieren die Grünen auch von der SPD, weil der Populismus und die Polemik von Sigmar Gabriel viele abstößt. Nach dem schwachen Start in der Regierung haben zwar auch wir Wähler an die Grünen verloren – die holen wir uns jetzt aber zurück.

Frage: Wie denn?

LINDNER: Nüchterne Aufklärung. Wenn die Grünen verschweigen, dass sie das Ehegatten-Splitting abschaffen wollen und damit die Steuern für Millionen von Familien in der Mittelschicht erhöhen, müssen wir das sagen. Wenn die Grünen Hartz IV erhöhen und neue Subventionen schaffen wollen, ohne zu sagen, woher das Geld dafür kommen soll, müssen wir den Widerspruch benennen. Deshalb freue ich mich auf die Landtagswahlkämpfe.